

NEWSLETTER

Gudrun Pieper MdL
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL

Inhalt

Inhalt.....	Seite 1
Aus dem Plenum.....	Seite 2
Aus dem Sozialausschuss.....	Seite 3
Aus dem Europaausschuss.....	Seite 4
Unterwegs.....	Seite 5-6



Regierungsfraktionen setzen Haushaltsschwerpunkte bei Sicherheit, Zusammenhalt und Innovation

Hart, aber fair und im Umgang respektvoll haben wir, CDU und SPD, um die besten Lösungen für einen ausgeglichenen Haushalt gerungen, um einen Katalog von Maßnahmen und Projekten mit der jetzt erfolgten Verabschiedung vorzulegen.

Es ist erstmals gelungen, Einnahmen und Ausgaben ohne neue Schulden, ohne die Veräußerung von Landesvermögen und ohne andere Einmaleffekte auszugleichen.

Und auch in der mittelfristigen Finanzplanung ist der Haushalt über den gesamten Zeitraum ausgeglichen. Wir setzen wichtige Prioritäten mit diesem Haushalt, die beinhalten, dass Investitionen im Straßenbau, im Hochbau und

in der energetischen Sanierung des Gebäudebestands nachhaltig die öffentliche Infrastruktur stärken. Allein die Investitionen in Landesstraßen werden mit dem Haushalt 2019 um 30 Mio. € auf 115 Mio. € erhöht. In absoluten Zahlen

steigen die Investitionen 2019 um 216 Mio. € auf rund 1,56 Mrd. €. Ebenso wird die Bauunterhaltung im gesamten Planungszeitraum mit rund 430 Mio. € auf weiterhin hohem Niveau

fortgeführt, um die Zeiten der guten Steuereinnahmen für notwendige Investitionen zu nutzen, aber auch nicht zu vergessen, dass in den kommenden Jahren der Schuldenabbau weiterzuführen ist.




Liebe Leserinnen,
liebe Leser,


die letzte Plenarsitzung in diesem Jahr ist beendet. Vorrangig war natürlich die Verabschiedung des Haushalts 2019, zu dessen Eckpunkten und auch sonstigen Beschlüssen und Aktivitäten wir hier im Newsletter berichten.

Wir werden jetzt die kommenden freien Tage nutzen, um Liegengebliebenes aufzuarbeiten und auch ein paar Tage mit unseren Familien in Ruhe und Besinnlichkeit zu verbringen.

Im Neuen Jahr melden wir uns in gewohnter Weise wieder zurück und verbleiben mit adventlichen Grüßen

Herzlichst
Ihre Landtagsabgeordneten


Dr. Karl-Ludwig von Danwitz


Gudrun Pieper



Herausgeber:

Gudrun Pieper MdL	Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL
Hauptstraße 9	Poststraße 11
29690 Schwarmstedt	29640 Schneverdingen
Tel.: (05071) 800 25	Tel.: (0172) 48 21 40 6
info@gudrunpieper.de	info@von-danwitz.com



Aus dem Plenum

Haushalt 2019 Fortsetzung von Seite 1

In der frühkindlichen Bildung haben wir bereits im letzten Jahr unsere Schwerpunkte gesetzt, die wir mit diesem Haushalt verstetigen. Über 1,2 Mrd. €, also 240 Mio. € mehr haben wir im Haushalt vorgesehen. Allein die Gebührenfreiheit im Kindergarten während der gesamten Legislaturperiode werden mit 1,6 Mrd. € zu Buche schlagen. Und wir investieren in Ausbildung, indem wir die Abschaffung des Schulgeldes für angehende sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten sowie Erzieherinnen und Erzieher im Jahr 2019 bereits mit 2,0 Mio. €, in den Folgejahren mit 4,8 Mio. € vornehmen. Damit wollen wir auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Zur Stärkung der Polizei sichern wir im Haushalt die 500 Stellen für Polizeianwärterinnen und –anwärter sowie 250 Beschäftigungsmöglichkeiten für die Polizeiverwaltung ab. Zusätzlich werden 500 Stellen von A 9 auf A 11 angehoben und auch die Justiz soll personell und sachlich besser ausgestattet werden. 4,4 Mio. € sieht der Haushalt ebenso für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, Wachtmeisterinnen und Wachtmeister vor, um den Rechtsstaat zu sichern und Verfahren zu beschleunigen.

Aus dem Sondervermögen der VW-Milliarde werden 150 Mio. € für den Bereich der Hochschulkliniken MHH und Uni Göttingen sowie zusätzlich bis zu 200 Mio. € in die Investitionsförderung für Neubauten und Modernisierungsmaßnahmen an Niedersachsens Kliniken, wovon auch unser Heidekreisklinikum profitiert, in den kommenden Jahren fließen. Insgesamt beträgt der Finanzierungsanteil von 2019 bis 2022 gemeinsam mit Mitteln von Kommunen und Bund jährlich rund 250

Mio. € an Investitionszuschüssen und somit für die Legislaturperiode 1 Mrd. €.

Unsere Kommunen haben für uns als Land Niedersachsen weiterhin eine große Bedeutung und mit 10,4 Mrd. € geht jeder dritte Euro an diese. Und neben den stetig steigenden Zahlungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich fließen somit 5,8 Mrd. € außerhalb des Steuerverbundes an die Kommunen. Und wir planen ebenso den Wegfall der sog. Entflechtungsmittel vollständig durch Landesmittel zu kompensieren und für finanzschwache Kommunen auch für EU-Maßnahmen zu unterstützen und aufzustocken.

Abschließend eine Zusammenfassung der Themen Sicherheit, Zusammenhalt, Zukunft und Innovation:

Im Bereich der Sicherheit sind in diesem Haushalt insgesamt 13,421 Mio. € vorgesehen für Zuschüsse für Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz, 200 Polizeianwärter, Prävention, Sicherheit in den JVA, Stärkung des Landes-Patientenschutzbeauftragten uvm.

Im Bereich des Zusammenhaltes sind insgesamt 47,928 Mio. € eingeplant u.a. für Kommunale Theater, Förderung von Kultureinrichtungen, Landessportbund, Quartiersmanagement, Zukunftsräume Niedersachsen, Sturmschäden, Borkenkäfer, Dürrehilfe uvm.

Im Bereich Zukunft und Innovation werden insgesamt 83,98 Mio. € u.a. verwandt für Gründerstipendien, Luft- und Raumfahrt, Digitalprofessuren, Einstieg in die Schulgeldfreiheit der Therapieberufe, Verbesserung der Hausärzteversorgung, Umsetzung Landespsychiatrieplan uvm. Ein ambitionierter, nachhaltiger und zukunftsweisender Haushaltsplan hat somit die vielen Herausforderungen aufgegriffen und wir haben ihn beschlossen.

Gudrun Pieper

Maximale Versorgung statt maximaler Erlöse

Vor dem Hintergrund der Kritik von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek an der in Niedersachsen geplanten 5G-Versorgung „bis zur letzten Milchkanne“ hat unser CDU-Wirtschaftspolitiker Axel Miesner die gesellschaftliche wie ökonomische Bedeutung eines flächendeckenden und verlässlichen Mobilfunknetzes betont. Im Rahmen einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde warnte er davor, die ländliche Bevölkerung abzuhängen: „Wir sind keine Menschen zweiter Klasse. Auch wir wollen einen leistungsstarken Netzanschluss für Arbeit und Freizeit nutzen. Der Netzausbau ist die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung, gerade auf dem Lande.“ Das können wir nur unterstreichen, denn gerade wir im Heidekreis haben uns mit eigenen Haushaltsmitteln dieser Anforderung gestellt und sind gerade dabei die Grundlagen für einen Breitbandausbau und somit erweiterten Netzausbau zu schaffen.

Kritik übte Miesner vor allem an der von der Bundesnetzagentur geplanten Versorgung von 98 Prozent aller Haushalte. „Das hört sich zwar gut an, aber was ist mit den verbleibenden zwei Prozent? 98 Prozent der Haushalte befinden sich auf gerade einmal 80 Prozent der Fläche unseres Landes. Ein Fünftel bleibt damit ein ‚weißer Fleck‘ auf der Karte, inklusive Straßen, Gewerbegebiete und Tourismusstandorte. So ist das nicht gedacht!“ Es könne nicht sein, dass Stadt und Land unterschiedlich behandelt werden. Richtig sei daher das Vorgehen von Wirtschaftsminister Bernd Althusmann, der das Motto „Maximale Versorgung statt maximaler Erlöse“ ausgegeben habe. „Zu oft haben wir uns auf die Zusagen der Telekommunikationsunternehmen verlassen, und dann gab es das große Erwachen. Trotz enormer Einnahmen hat diese Vergabe nicht zu einer entsprechenden Mobilfunkversorgung geführt. Unser Anspruch muss doch sein, auch hier ‚Weltpitze‘ zu werden.“



Aus dem Sozialausschuss

HIV ist unter Therapie nicht übertragbar!

Wir Abgeordnete aller Fraktionen im Niedersächsischen Landtag haben ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt für ein respektvolles Miteinander ohne Diskriminierung und Vorurteile gegenüber HIV-positiven Menschen. Zum Weltaidstag am 1. Dezember ließen wir uns in Hannover vor dem Landesparlament mit bunten Leuchtwürfeln ablichten. Diese tragen die Aufschrift „n = n“. Die Formel ist Ausdruck der Kernbotschaft der letzten Weltaidskonferenz. Im Juli 2018 feierte die internationale HIV-Community in Amsterdam die Kampagne „u = u“: Die Gleichung steht für undetectable = untransmittable: Wenn HIV im Blut aufgrund einer HIV-Therapie nicht nachweisbar ist, dann ist auch keine Übertragung möglich – nicht einmal beim Sex. In vielen Ländern gibt es nun Ableger dieser Kampagne. In Deutschland setzt sich die Abkürzung n = n durch: nicht nachweisbar = nicht übertragbar.

Zehn Jahre, nachdem die Schweizerische Kommission für Aidsfragen (EKAF) erstmals den Nachweis veröffentlicht hat, dass die konsequente Einnahme eines bewährten Medikamentenmix die Viruslast von HIV-Patienten unter die Nachweisgrenze bringt und damit die ohnehin geringe Ge-

fahr einer Übertragung bannt, wissen darüber in Deutschland nur zehn Prozent der Bevölkerung Bescheid. Das möchten wir mit dieser Kampagne ändern.

Die Informationskampagne ‚n = n‘ hat uns verdeutlicht, dass HIV-positive Menschen noch immer unter Vorurteilen und Diskriminierungen zu leiden haben. Nach wie vor glauben viele Menschen, dass sie sich im alltäglichen Umgang mit HIV-Patienten zum Beispiel bei einfachem Körperkontakt mit dem Virus infizieren können. Das ist schlichtweg falsch und entbehrt jeglicher Realität.

Mittlerweile gibt es Medikamente, die das Virus im Körper so gut unterdrücken, dass es im Blut nicht mehr nachweisbar und daher auch nicht mehr übertragbar ist, nicht einmal beim Geschlechtsverkehr. Trotz HIV-Infektion kann man heute weitgehend normal leben. Es gibt keinen Grund, vor HIV-Infizierten Angst haben zu müssen. Uns als CDU-Fraktion war es wichtig, die Aidshilfe Niedersachsen bei ihrer Informationskampagne zu unterstützen und unserer Solidarität Ausdruck zu verleihen. Es muss unser Ziel bleiben, Menschen über das HI-Virus aufzuklären, um Vorurteilen und Diskriminierung entgegenzuwirken.

Enquetekommission eingesetzt

Nach abschließender Beratung im Niedersächsischen Landtag haben wir als Regierungsfractionen von CDU und SPD die Einrichtung einer Enquetekommission zum Thema „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ beschlossen. Die Enquetekommission besteht aus insgesamt 15 Abgeordneten und 12 Experten und wird noch im Dezember ihre vorbereitende Arbeit aufnehmen, um dann im Januar die Ausschussarbeit zu beginnen. Die bis spätestens Anfang des Jahres 2020 vorliegenden Ergebnisse sollen noch in dieser Legislaturperiode in konkrete Maßnahmen münden.

Dabei wird die Frage, wie wir auch in Zukunft eine flächendeckende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen sicherstellen können, einen hohen Stellenwert haben. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen wir Antworten auf diese Frage finden. Mit Blick auf den steigenden Fachkräftebedarf und die demografische Entwicklung dürfe man in diesem zentralen Bereich der Daseinsvorsorge allerdings keine Zeit verlieren. Deshalb erhält die Enquetekommission den klaren Auftrag, bis spätestens Anfang 2020 Ergebnisse vorzulegen. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode fraktionsübergreifend zu konkreten Maßnahmen kommen. Als Mitglied der Enquetekommission werde ich meinen Beitrag dazu leisten, um gerade auch als Vertreterin des ländlichen Raums, die für uns drängenden Probleme mit zu klären und zu lösen.

Mehr Informationen ja, Werbung nein!

Mit Blick auf die Debatte auf Landes- und auch Bundesebene, den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches zu ändern beziehungsweise ersatzlos zu streichen, hat uns im Landtag beschäftigt, obwohl hierzu der Bund zuständig ist. Durch einen Antrag der FDP waren wir gefordert, hier Stellung zu beziehen. Dazu unser Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer: „Volksparteien müssen kompromissbereit sein. Kompromissbereit heißt, von der Maximalforderung zurückzutreten und sich auf etwas zu einigen, mit dem alle Beteiligten leben können. Den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches ohne Änderung beizubehalten oder ersatzlos zu streichen, hat nichts mit Kompromissbereitschaft zu tun.“

Wir haben es uns in den vergangenen Wochen nicht leicht gemacht, einen Kompromiss zu finden, denn die bundesweite Debatte hat noch einmal verdeutlicht, dass der Paragraph 219a dringend reformiert werden muss. Frauen benötigen einen unkomplizierten Zugang zu sachlichen Informationen, die einen möglichen Schwangerschaftsabbruch betreffen. Was wir nicht wollen, ist anpreisende Werbung für Schwangerschaftsabbrüche. Der Gruppenantrag von CDU und SPD sieht aus diesem Grund eine Änderung des Paragraphen 219a vor, Schwangerschaftsabbrüche „in werbender Absicht“ unter Strafe zu stellen, aber nicht die Information.

Hinsichtlich der politischen Debatte und jetzigen Einigung auf Bundesebene ist unser Antrag eine Blaupause. Dieser sieht ebenso vor, schwangeren Frauen den Zugang zu sachlichen Informationen zu erleichtern, das Werben für Schwangerschaftsabbrüche allerdings weiter unter Strafe zu stellen. Unser Vorschlag war zuvor im Niedersächsischen Landtag durch SPD, Grüne und FDP abgelehnt worden. CDU, CSU und SPD im Bund müssen dem mühsam ausgehandelten Kompromiss nun zügig zustimmen. Er bringt beides unter einen Hut: Die Freiheit der Frauen, wirklich alle medizinischen Informationen erhalten zu können, die sie benötigen, und das gesellschaftlich akzeptierte Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche. Wer dieses sensible Thema auch nach langen Monaten der Diskussion weiter für die politische Profilierung auszunutzen versucht, hat Maß und Mitte verloren.

Guidrun Pieper



Aus dem Europaausschuss

Grenzübergreifende Zusammenarbeit mit dem Königreich der Niederlande verbessern

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung des Niedersächsischen Landtages hat sich am 22. November im Rahmen eines Begegnungstags mit den Delegierten der Parlamente der niederländischen Nordprovinzen Groningen, Drenthe, Fryslân (Friesland) und Overijssel getroffen, um sich intensiv über die Themen „grenzübergreifender (gemeinsamer) Arbeitsmarkt“ und „grenzübergreifende Infrastruktur“ auszutauschen. Im Vordergrund stand hierbei die intensive und bereits erfolgreiche Zusammenarbeit im Grenzgebiet und in der Region Weser-Ems.

Der Ausschuss setzte damit den bereits länger gepflegten grenzübergreifenden parlamentarischen Dialog fort, der insbesondere in der letzten Wahlperiode eine sehr positive Entwicklung genommen hat, u.a. mit dem ersten Begegnungstag in Groningen im Mai 2017.

Landtagsvizepräsident Bernd Busemann begrüßte mit Ausschussvorsitzender Gudrun Pieper die 40-köpfige niederländische Delegation unter Leitung des königlichen Kommissars René Paas im Forum des Landtages.

Als Ergebnis wurde einvernehmlich ange-regt, die Niedersächsische Landesregie-rung und die Provinzialregierungen der vier niederländischen Nordprovinzen da-rum zu bitten,

1. sich im Rahmen einer gemeinsamen Zusammenarbeit bei der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament dafür einzusetzen, dass das INTERREG-Programm Deutschland-Niederland mit ausreichenden europäischen Kofinanzierungsmitteln fortgesetzt werden kann,
2. im Dialog mit den zuständigen Körperschaften der berufsständigen Selbstverwaltung und gegebenenfalls weiterer Institution zu sondieren, wie die Hindernisse bei der gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen beseitigt werden können,
3. in Abstimmung mit der niederländischen Zentralregierung zu sondieren wie das Beratungsangebot für Grenzpendler auf dem Arbeitsmarkt der Euregios nach 2020 außerhalb des INTERREG Förderprogramms mehrjährig finanziert werden kann und
4. die Verbesserung der grenzübergreifenden Schienenpersonenverbindungen zu fordern, insbesondere der Wunderline Groningen-Bremen, der Verbindung Emmen-Coevorden-Nordhorn-Rheine und der Fernverbindung Amsterdam-Hannover-Berlin.

Ferner wurde vereinbart, den parlamentarischen Dialog, insbesondere im Rahmen solcher Begegnungstage, fortzusetzen. Das nächste gemeinsame Treffen wird aller Voraussicht nach in Brüssel sein.



Gesetzentwurf eingebracht

Die Entscheidung Großbritanniens aus dem europäischen Raum auszutreten beschäftigt uns auch im Niedersächsischen Landtag. Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf reagieren wir auf die Folgen des Brexits und das Dokument aus Großbritannien vom 18. November 2018, um unsere Rechtsbestimmungen bezüglich des Abkommens, der Förderprogramme, der Agrarpolitik und den Finanzrahmen zu regeln.

Die Kritik der Opposition, dass das Gesetz erst jetzt eingebracht wurde, weisen wir entschieden zurück. 22 Tage nach Öffnung des Dokumentes in Großbritannien wurde sofort gehandelt. Insofern werden wir zügig im Ausschuss beraten, um keine Gesetzeslücken entstehen zu lassen und somit Schaden für Niedersachsen abzuwenden.

Umweltausschuss spricht mit Kommissar Oettinger

Bevor die Haushaltsberatungen im Niedersächsischen Landtag zum Abschluss gekommen sind, besuchte der Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Brüssel. Hintergrund war, sich zu aktuellen EU - Themen zu informieren. Mit den Programmpunkten Förderung von Umwelt- und Klimaschutz in der Gemeinsamen Agrarpolitik bzw. im Mittelfristigen Finanzrahmen, EU Energiepolitik, EU Kunststoffstrategie und die zukünftigen Prioritäten von Rat und Kommission in der Umweltpolitik reflektierte das Programm diejenigen Themenbereiche aus dem Portfolio des Ausschusses, die aktuell auf dem Brüsseler Parkett diskutiert werden. Neben Haushaltskommissar Oettinger erläuterten Fachleute aus der Kommission und vom Generalsekretariat des Rates den aktuellen Stand der Politiken, Dossiers und Verhandlungen und gaben einen Ausblick auf die Herausforderungen des auslaufenden Mandats von Parlament und Kommission bis zur Europawahl.



Unterwegs

Hospizhaus in Dorfmark hat Arbeit aufgenommen

Nachdem das Hospizhaus bereits aus der Förderrichtlinie ZILE gefördert wurde, haben sich Frau Ministerin Honé und wir Abgeordnete aus dem Heidekreis uns nun einen Eindruck vom Neubau des Hauses verschafft und sind mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins Gespräch gekommen.

Acht Gäste können seit Oktober 2018 im Hospizhaus aufgenommen werden. Die geräumigen Einzelzimmer mit eigenem Badezimmer und ebenerdiger Terrasse sind hell und freundlich eingerichtet. Angehörige und Freunde können zu jeder Tages- und Nachtzeit zu Besuch kommen oder auch in dem separaten Angehörigenzimmer übernachten.

Im Gespräch wurde deutlich, mit welcher Hingabe alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Hospizgedanken leben. Nach dem Motto der Gründerin und Ärztin Cicely Saunders „Es geht nicht darum, dem Leben mehr Tage zu geben, sondern den Tagen mehr Leben,“ spürt man die Atmosphäre der Geborgenheit und Ruhe.

Dennoch ist nicht darüber hinwegzutäuschen, dass das Hospizhaus auch auf Spenden angewiesen ist. Natürlich entstehen für den Gast keine Kosten, denn diese werden zum großen Teil von der jeweiligen Krankenkasse getragen. Doch sind auch die kleineren Dinge, wie beispielsweise ein Liegendrollstuhl für den Außenbereich, wünschenswert. Und es würde uns freuen, wenn Sie als Leserinnen und Leser diesen Wunsch gemeinsam erfüllen.

SPENDENKONTO

Hospizhaus Heidekreis
Unselbst. Stiftung
Volksbank Lüneburger Heide
IBAN DE88 2406 0300 2463 4611 00
Stichwort „Spende Hospiz“

Gudrun Pieper

Förderung für Abenteuerland Lüneburger Heide

Norddeutschlands modernster Trampolinpark soll mit Beginn des Jahres 2019 in Bispingen im Gewerbegebiet „Gaußscher Bogen“ entstehen. Das Land unterstützt mit eigenen, aber auch mit EU-Mitteln Firmen, die in strukturschwachen Gebieten investieren. 2,5 Mio Euro wird die Abenteuerland Lüneburger Heide GmbH dafür investieren und hat in der letzten Woche einen Förderbescheid in Höhe von 700.000 Euro aus den Händen unseres Wirtschaftsministers Dr. Bernd

Althusmann erhalten. Ganz unkonventionell und ungewöhnlich für eine solchen Anlass fand die Übergabe des Förderbescheids in einem kleinen Zelt dort statt, wo schon im nächsten Jahr gehüpft und getobt werden soll:

In einem Hallenneubau mit einer Fläche von rund 2500 Quadratmetern entsteht das Abenteuerland mit einer Spielhalle für unterschiedliche Altersgruppen, sowie Sport- und Freizeitaktivitäten. Die Attraktion soll aber das Trampolinland werden, so Geschäftsführer Stefan Brunkhorst, natürlich wird es auch einen Bistrobereich geben, außer dem Abenteuerland wird auf der Fläche zudem ein Hotel gebaut.

Ich bin sehr gespannt auf die Eröffnung 2019 und werde natürlich auch mal vorbeischauen!

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz



Besuch bei der Lebenshilfe Soltau



Kürzlich habe ich die Lebenshilfe in Soltau besucht, um mich über die Aktivitäten des Vereines zu informieren. Seit dem Amtsantritt des Geschäftsführers Gerhard Suder 2011 konnten mehrere neue Kitagruppen gegründet, sowie ein neues, zentrales Wohnheim in Soltau eröffnet werden. Die Zahl der Mitarbeiter wuchs in den vergangenen 7 Jahren von ca. 120 auf 280 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den verschiedensten Bereichen für die Lebenshilfe tätig sind. Mit der Einrichtung der Tischlerei Hand-in-Hand-Werk als Integrationsunternehmen in Munster konnten sechs Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Mit diesem Unternehmen, das Tariflöhne zahlt und im echten Wettbewerb steht, geben wir Menschen mit einer Behinderung sinnvolle und –stiftende Arbeit. Ab dem kommenden Jahr soll ein weiteres Integrationsunternehmen für den Bereich Garten- und Landschaftsbau an den Start gehen. Bei beiden Unternehmen ist die Hälfte der Arbeitsplätze integrativ. Die Schülerfirma „Feine Kiste“ in der Innenstadt Soltaus gehört ebenso wie die Beratungsstellen der „Familieninsel“ in Schneverdingen und Munster zum Tätigkeitsspektrum der Lebenshilfe. Auch die Frage der Einführung einer dualisierten Erzieherausbildung haben wir diskutiert. Im niedersächsischen Landtag gibt es Überlegungen, die bislang eher theorie-lastige Erzieherausbildung mit zusätzlichen Praxistagen anzureichern. Ich unterstütze diesen Plan ausdrücklich und verspreche mir dadurch eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis: Bis zur Umsetzung muss das Vorhaben allerdings noch genauer überprüft und insbesondere mit den Berufsbildenden Schulen abgestimmt werden.

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz



Unterwegs

Aus dem südlichen Heidekreis

Eine 46-köpfige Gruppe aus dem südlichen Heidekreis erlebte ein interessantes und umfangreiches Programm. Zunächst lernten sie in einem halbstündigen Videofilm den Landtag, die Regierung, die Gesetzgebung und das renovierte Leineschloss kennen. Von der Besuchertribüne konnten sie im Anschluss die Debatten zum Haushaltsplan 2019 live verfolgen. Nach einer Stunde empfing ich die Besuchergruppe zu einer Frage- und Antwortrunde. Fragen und Themen zu aktuellen politischen Themen wurden erörtert. Ein gemütliches Mittagessen im Restaurant ZeitFür rundete den Vormittag ab.

KGS Schwarmstedt



Die Schülerinnen und Schüler der Kooperativen Gesamtschule Schwarmstedt (KGS) waren für die Diskussion mit den Abgeordneten aus dem Heidekreis sehr gut vorbereitet. Fragen wie: „Was haben Sie bis heute erreicht“, „Warum sind Sie in die Politik gegangen“ oder „Was tun Sie für den Klimaschutz“ zeigten, dass die Schülerinnen und Schüler Interesse an unserer Arbeit haben. Es hat großen Spaß gemacht mit den jungen Menschen zu diskutieren.

Gudrun Pieper

Besuche im Landtag

Der Monat Dezember ist immer heiß begehrt, um den Niedersächsischen Landtag zu besuchen. Das konnten wir auch in diesem Jahr merken, denn auf der einen Seite sind die Haushaltsberatungen für alle Bürgerinnen und Bürger äußerst interessant, auf der anderen Seite wird gerne die Möglichkeit eines Weihnachtsmarktbummels oder für Weihnachtseinkäufe genutzt. Insgesamt vier Gruppen konnten wir begrüßen.

Fazit: Egal, ob Besuchergruppen während der Plenarwoche oder in einer normalen Woche die Chance nutzen, mehr über die parlamentarische Arbeit im Niedersächsischen Landtag zu erfahren, es gibt viele Möglichkeiten viele Einblicke in die Landespolitik zu bekommen. Am Ende sind sich immer alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig: Es war interessant und informativ. Und viele kommen auch gerne ein zweites oder drittes Mal.

Aus dem nördlichen Heidekreis

Die Landfrauen aus Neuenkirchen reisten mit dem Zug nach Hannover an. Wir starteten mit einem gemeinsamen Mittagessen und da die Gruppe nicht während der Plenarwoche zu Gast war, habe ich gemeinsam mit dem Besucherdienst über die Geschichte des Leineschlusses, sowie über den Umbau des Landtagsgebäudes informiert. In der anschließenden Diskussionsrunde im Forum des Landtags wurde natürlich auch das große Thema ‚Wolf‘ und den zukünftigen Umgang mit ihm diskutiert.



Eine zweite Gruppe aus dem nördlichen Heidekreis konnte ich ebenfalls in der Woche außerhalb der Plenarwoche begrüßen. Wir nutzten die Gelegenheit, hinter die Kulissen der CDU Fraktion zu schauen. Mit dem Landtagsfilm erhielt die Gruppe reichlich Informationen über die parlamentarische Arbeit, um dann im Anschluss den Plenarsaal zu besichtigen. Diese Möglichkeit besteht während der Plenarwoche nicht.

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

Frohe Weihnachten!

Mit dem Ende des Jahres nähert sich nicht nur Weihnachten, sondern Sie finden auch Zeit für besinnliche Stunden. Wir wünschen Ihnen angenehme Stunden in fröhlicher und besinnlicher Runde im Kreis der Familie, aber auch Ruhe und Zeit zum Entspannen. Gleichzeitig wünschen wir einen guten Start für das neue Jahr und viel Glück und Erfolg bei all Ihren Projekten und Plänen. Wir möchten uns herzlich für Ihr Vertrauen bedanken und freuen uns darauf, auch im kommenden Jahr gemeinsame Wege mit Ihnen zu gehen!

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

Gudrun Pieper

